

Universität Bern

Institut für Politikwissenschaft

Sommersemester 2003

Seminar: Lokalparteien im Wandel

Dozent: Prof. Dr. Andreas Ladner

Schweizer Lokalparteien im Wandel

Innerparteiliche Demokratieverhältnisse

Bern, 30. September 2003

Lara Mandioni, Lorystrasse 10, 3008 Bern

Ursula Reich, Wiesenstrasse 80, 3014 Bern

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Theorie	5
3.	Fragestellung und Hypothese	7
4.	Operationalisierung	9
4.1	Die sechs Einflussinstanzen	10
4.2	Politische Entscheidungen	11
4.3	Rechnerisches Vorgehen	11
5.	Parteiinstanzen und deren Einfluss	13
5.1	Sach- und personalpolitischer Einfluss	13
5.2	Aufsplittung nach Parteien	14
6.	Der Wandel	16
6.1	Der Wandel bezüglich Sach- und Personalpolitik	16
6.2	Aufsplittung nach Parteien	17
6.3	Prozentuales Ausmass und Richtung der Einflussverschiebung	18
6.3.1	Einzelne Parteiorgane und ihre prozentuale Einflussveränderung	19
6.3.2	Vergleich zwischen berechneter und geschätzter Einflussverschiebung	20
7.	Erklärende Faktoren des innerparteilichen Einflusswandels	23
7.1	Exogene Einflussvariablen	23
7.2	Endogene Einflussvariablen	25
8.	Fazit	29
9.	Literaturverzeichnis	31

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Einfluss der Akteure 2002 / Wandel des Einflusses 1990-2002	13
Tabelle 2:	Einfluss der einzelnen Parteien bezüglich Sachpolitik	14
Tabelle 3:	Einfluss der einzelnen Parteien bezüglich Personalpolitik	14
Tabelle 4:	Berechnete Einflussveränderung in Prozentanteilen der Lokalparteien und Differenz zwischen Zunahme und Abnahme deren Einfluss	19
Tabelle 5:	Geschätzte Einflussveränderung der Parteipräsidenten in Prozentanteilen	20
Tabelle 6:	Differenz zwischen geschätzter und berechneter Einflussveränderung ausgedrückt in Prozentzahlen in Sach- und Personalpolitik	21
Tabelle 7:	Einfluss in der Sachpolitik und Wandel des Einflusses nach Sprachregionen	23
Tabelle 8:	Personalpolitischer Einfluss und Wandel des Einflusses nach Konfessionen	25
Tabelle 9:	Einfluss in der Sachpolitik und Wandel des Einflusses nach der Links-Rechts Orientierung	25
Tabelle 10:	Sachpolitischer Einfluss und Wandel des Einflusses nach Parteilager	27

Abbildungen

Abbildung 1:	Wandel der einzelnen Parteien bezüglich Sachpolitik	17
Abbildung 2:	Wandel der einzelnen Parteien bezüglich Personalpolitik	18

1. Einleitung

In den einzelnen Zeitepochen des 20. Jahrhunderts entwickeln sich verschiedene Typen von Parteiorganisationen. Die Unterschiede manifestieren sich dabei unter anderem im Bereich der parteiinternen Machtverhältnisse. Neben Parteien, die hierarchisch organisiert sind, entwickeln sich in den Siebziger Jahren zunehmend Parteien, die grossen Wert auf den Einbezug ihrer Basis legen. Auch heute ist die Frage nach Partizipation und Einflussnahme der Parteimitglieder innerhalb ihrer Organisation in demokratietheoretischer Hinsicht zentral. Um eine maximale Legitimation des Parteiensystems zu erhalten, müsste die Mitgliederversammlung als Basisorgan am meisten Einfluss auf die Politik der Partei nehmen können. Dies entspricht aber nicht unbedingt der politischen Realität und wurde durch verschiedene Studien auf kantonaler wie lokaler schweizerischer Ebene bereits bestätigt (Geser et. al.: 1994 / Ladner et. al.: 2001).

In dieser Arbeit sollen "parteiinterne Demokratieverhältnisse" auf lokaler Ebene untersucht werden, wobei mit diesem Begriff verschiedene Bereiche des Innenlebens einer Partei gemeint sind. Diese können unter anderem "die aktive Beteiligung der Mitglieder am politischen Leben" oder auch "die Mitbestimmung bei der Auswahl von Kandidatinnen für parteiinterne und öffentliche Ämter" beinhalten (ibid: 225). Gerade auf der lokalen Stufe haben die Parteimitglieder im Prinzip die Chance, sich aktiv in die Politik ihrer Partei einzubringen. Im Zentrum steht die Frage, wer wieviel Macht und Einfluss in den verschiedenen Bereichen der Sach- und Personalpolitik ausüben kann. Von weiterem zentralem Interesse ist die Frage, ob sich die Lokalparteien in den letzten Jahren durch eine parteiinterne Einflussverschiebung von Basis- und Mitgliederparteien (Poguntke 1987 und 1994) zu Kartellparteien (Katz and Mair 1995) entwickelt haben. Inwiefern exogene wie auch endogene Faktoren bei einem möglichen Wandel der Parteien eine Rolle spielen, soll im letzten Teil dieser Arbeit erörtert werden.

Als Datengrundlage dieser Längsschnittstudie dient ein Panel aus den Jahren 1990 / 2003, der durch die Befragung der Parteipräsidenten auf lokaler Ebene erhoben wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jeweils nur ein Mitglied pro Partei befragt wurde, was zu entsprechenden Verzerrungen geführt haben könnte.

Im folgenden Abschnitt werden die theoretischen Grundlagen kurz vorgestellt. Daran anschliessend werden Fragestellung und Hypothesen formuliert. Operationalisierung und erste zentrale Befunde werden in den darauffolgenden Kapiteln präsentiert. Abschliessend wird ein Fazit gezogen, das in Kürze besagt, dass innerhalb der Parteien ein Strukturwandel

weg von Basisparteien in Richtung von Kartellparteien stattfindet. Der Trend einer zunehmenden Professionalisierung der Parteien ist klar ersichtlich, mögliche beitragende Faktoren müssen aber noch weiter erforscht werden.

2. Theorie

Theoretisch stützen sich die Verfasser auf verschiedene Autoren, welche Grundtypen von Parteien bezeichnet und unterschiedliche Wandlungsmodelle entwickelt haben. Sollen die parteiinternen Macht- und Einflussverhältnisse untersucht werden, ist es wichtig, die zugrunde liegenden demokratietheoretischen Modelle bezüglich ihrer normativen Prämissen zu analysieren (Ladner et al. 2001: 229).

In seiner Arbeit von 1980 entwickelt Wiesendahl drei unterschiedliche Parteiparadigmen. Jedes dieser Paradigmen bietet Hinweise bezüglich spezifischer normativer Vorstellungen von Demokratie. Das Konkurrenzparadigma erklärt aus ökonomischer Sicht die sekundäre Bedeutung der Basiseinbindung zugunsten einer flexiblen und effizienten Parteiführung. Im Zentrum steht die Wählerstimmenmaximierung, machtambitionierte Parteieliten konkurrenzieren um Stimmen auf dem Wählermarkt. Das Integrationsparadigma zeichnet sich durch eine repräsentative, offene, durch Wahlen legitimierte, pluralistische Elitenherrschaft aus. Die Basisbeteiligung ist keine notwendige Voraussetzung. Schliesslich fokussiert das Transmissionsparadigma auf die basisdemokratische Vorstellung, dass die Parteibasis am Willensbildungsprozess und an der Politikformulierung teilnehmen soll. Die Parteien sollen in erster Linie die Interessen ihrer Basis vertreten. (ibd: 229f.).

In ihrem Artikel aus dem Jahre 1993 haben Katz und Mair "the three faces of party organisation" beschrieben. Es wird argumentiert, dass bisherige Versuche der Charakterisierung von Parteien zu unterkomplex seien und Parteien an sich keine 'homogenen Gebilde' darstellten. Als die drei Typen werden die 'party on the ground', 'party in central office' und 'party in public office' beschrieben. Beim erstgenannten Typ stehen die Mitglieder, aber auch Aktivisten, Geldgeber und Stammwähler im Vordergrund der Partei. Der zweite Typ zeichnet sich durch einen gut ausgebauten Parteiapparat aus. Zudem kommen dem Parteisekretariat und der nationalen Parteileitung eine grosse Bedeutung zu. Der letztgenannte Parteytyp wird durch den starken Einfluss und die grosse Bedeutung der Fraktionen und der Mandatsträger charakterisiert.

Da im Mittelpunkt der Untersuchung der Wandel von Basisparteien zu Kartellparteien stehen soll, ist es wünschenswert, diese zwei Arten von Parteitypen etwas genauer zu beschreiben.

Tomas Poguntke (Poguntke 1987 und 1994) hat am Beispiel der Grünen Partei Deutschlands die Definitionselemente einer Basisdemokratie aufgelistet. Eine basisdemokratische Partei sollte seiner Meinung nach die folgenden Merkmale aufweisen: Einbindung der Mitgliederbasis nach einem bottom-up Modell und nach dem Prinzip von möglichst viel Demokratie (maximale Autonomie und Partizipationsmöglichkeit der einzelnen Mitglieder); kollegiale und unprofessionalisierte Führung, die durch das Rotationsprinzip und imperative Mandate gekennzeichnet ist; Machtbeschränkung der Eliten durch Ämtertrennung. Weiter ist Poguntke Befürworter von Dezentralisierung und Föderalismus, Selbstbestimmung und offenen und transparenten Entscheidungsprozessen. Dieses Modell ist den schweizerischen Parteien ziemlich fremd. Einzig die Grünen könnten Züge aufweisen, die in eine solche Richtung gehen.

Zum Begriff der Kartellpartei schreiben Katz und Mair (Katz und Mair 1995), dass damit das Endstadium der Entwicklung von Parteien Westeuropas gemeint ist. Parteien haben sich gesellschaftlich losgelöst, um in den Staat einzudringen und von ihm als „semi-state agencies“ absorbiert zu werden. Im Vollbesitz staatlicher Regelungsmacht haben sich Kartellparteien Privilegien und Subventionen gesichert und ein Selbstbegünstigungssystem errichtet. Die Finanzierung erfolgt via Staat, das finanzielle Überleben der Parteien wird durch den Staat abgesichert. Bezüglich der Politik verlieren grosse inhaltliche Kämpfe an Bedeutung, es kommt zur Konvergenz der Parteiprogramme und zur Bildung von Koalitionen. Dies führt zu einer Zunahme der Status Quo Politik. Die Politik wird zum Beruf, die Parteien gelten als Zusammenschluss von Professionellen. Damit gelten sie nicht mehr als Vertretung durch die Bürger und handeln auch nicht mehr im deren Interesse. Folglich verliert die Parteienherrschaft an gesellschaftlicher Legitimationsbasis.

Da sich in der Schweiz weder eine Partei ausnahmslos zum Typ der Basispartei noch zum Typ der Kartellpartei zuordnen lässt, sollen die Begriffe für den Fall Schweiz entsprechend relativiert werden. Bezüglich der Basispartei soll als Referenzpunkt die möglichst hohe Partizipation der Basis im Zentrum stehen. Die Parteiversammlung, die Aktiven aber auch einzelne Mitglieder sollen ihren Einfluss innerhalb der Partei geltend machen können und die Parteiarbeit entsprechend beeinflussen können. Der Begriff der Kartellpartei soll insofern für die Schweiz Anwendung finden, dass im Mittelpunkt die zunehmende Professionalisierung

innerhalb der Parteispitze stehen soll. Der Legitimationsverlust durch den schwindenden Einfluss der Basis ist die Folge davon.

Diese zwei Parteitypen, sowohl Basis- als auch Kartellpartei, sollen in dieser Arbeit als Bezugspunkte, als Ausgangs- und Endpunkt zur Messung der innerparteilichen Einflussverschiebung verwendet werden.

3. Fragestellung und Hypothese

Seit den siebziger Jahren haben die Schweizer Parteien, wie verschiedene Parteien in ganz Europa, eine innere organisatorische Entwicklung durchgemacht. Damals, vor allem unter dem Druck der aufkommenden neuen sozialen Bewegungen, füllte das Thema einer erweiterten Partizipationsmöglichkeit der Basis die politische Agenda. Wie schon erwähnt, haben hauptsächlich die Grünen in Deutschland eine basisdemokratische Parteiorganisation aufgebaut. Im letzten Jahrzehnt weisen verschiedene Anzeichen darauf hin, dass sich ein gegenteiliger Trend abzeichnet, d.h. dass die Parteien eine zunehmende Professionalisierung anstreben, um konkurrenzfähig gegenüber weiteren nicht staatlichen Gruppierungen zu bleiben. Hinzu kommt der Umstand, dass durch die Massenmedien und die Gesellschaft vermehrt Druck auf die Parteien ausgeübt wird und eine zunehmend schnellere Anpassungs- und Reaktionsfähigkeit der Parteien an neue Bedürfnisse von Medien und Gesellschaft verlangt wird. Dies ist aber ohne Optimierung der parteiinternen Strukturen und ohne höheren Professionalisierungsgrad kaum zu gewährleisten.

Bedingt durch diese Entwicklungen stellen sich den Autoren die folgenden Leitfragen:

- *Hat es in der Zeitspanne von 1990 bis 2003 eine markante innerparteiliche Einflussverschiebung zwischen den Parteigremien (Aktive, Parteiversammlung, einzelne Mitglieder, Parteipräsident, Vorstand und Exekutivvertreter) gegeben?*
- *Lässt sich nachweisen, dass sich der innerparteiliche Einfluss von den Basisorganen zu den Führungsinstanzen verschoben hat? Der Schwerpunkt liegt hier auf der Richtung und den Trägern des Wandels.*

- Welche Erklärungsfaktoren dienen dazu, diesen Wandel zu erklären? In dieser Studie wird eine Unterteilung in interne und externe Erklärungsfaktoren vorgenommen. Zur ersten Gruppe zählen die Variablen 'Links-Rechts Orientierung' und 'Alter der Partei', während die zweite Gruppe aus den Variablen 'Sprachregionen' und 'Konfessionen' besteht.

Aus der formulierten Problemstellung wird demnach die folgenden Hypothesen erstellt:

Wenn in sach- und personalpolitischen Entscheidungen eine Einflussverschiebung innerhalb der Parteien weg von Mitgliedern, Aktiven und Parteiversammlung hin zu Präsidenten, Vorstand und Exekutivvertreter festgestellt wird, dann wird die innerparteiliche Organisations- und Entscheidungsstruktur weniger von der Basis, hingegen mehr von der Führung geprägt.

Wenn die Führungsgremien an Entscheidungseinfluss gewinnen bzw. die parteidemokratischen Basisorgane daran verlieren, entwickeln sich die Parteien weg vom Muster einer Basispartei zu jenem einer Kartellpartei.

Zur Überprüfung der Hypothesen werden Daten aus einem Panel verwendet. Durch deren Auswertung kann die demokratische Struktur der Parteien im Zeitraum der Jahre 1990 bis 2002 auf lokaler Ebene erfasst werden. Offen bleiben die Fragen, ob diese Zeitspanne hinreichend lang ist, um den erwähnten Wandel zu untersuchen und, ob Veränderungen im politischen und sozioökonomischen Umfeld eine Relativierung der Ergebnisse erfordern.

In der Literatur werden bisher folgende Beobachtungen beschrieben:

- Geser (1994) hat in Bezug auf Sachpolitik von polyarchischen Einflussprofilen innerhalb der Schweizer Lokalparteien gesprochen. Das heisst, dass trotz des Vorrangs bestimmter Parteiorgane alle Instanzen Einflussmöglichkeiten haben. In der Personalpolitik hingegen wird oft die einseitige Vormachtstellung weniger Gremien beschrieben.
- Vom gleichen Autor wird weiter beschrieben, dass linke Parteien eher als die Rechten basisdemokratisch organisiert sind (ibid. 1994). Deshalb wird durch die Analyse der Links-Rechts Einordnung erstens überprüft, ob diese Aussage auch für die vorliegenden Daten zutrifft und zweitens, ob die Basisinstanzen von Parteien der Linken, des Zentrums und der Rechten gleichermassen von einem Einflussverlust betroffen sind.

- Von Ladner (2001) wurde beschrieben, dass sich die Bundesratsparteien und die Grünen bezüglich ihrer inneren Organisation in drei Gruppen aufspalten lassen. Die GPS zusammen mit der SPS werden als Bewegungsparteien bezeichnet. Die mittlere Position besetzt die SVP als Mitgliederpartei und zum Modell der Kaderpartei gehören CVP und FDP. Interessant ist zu untersuchen, ob diese Annahmen auch auf den vorliegenden Fall zutreffen.

4. Operationalisierung

Zur Untersuchung der Fragestellung, d.h. ob eine Verschiebung des Einflusses innerhalb der sechs ausgewählten Instanzen in Richtung der Parteiführung hin stattgefunden hat, eignen sich besonderes die im Paneldatensatz enthaltenen Fragen 24 und 44 (1990), respektive 25 und 51 (2002). Die Entscheidung für die Daten aus dem Panel wird damit begründet, dass damit diejenigen Lokalparteien, die beide Fragebögen beantwortet haben, erfasst worden sind. Diese Basiskongruenz gewährleistet eine Konstanz der untersuchten Fälle und ermöglicht damit zuverlässigere Aussage. Bei den oben erwähnten Fragen mussten die Parteipräsidenten darüber Auskunft geben, wieviel Einfluss verschiedene Personen und Gruppen innerhalb ihrer Parteien ausüben. Durch die Aufgliederung der Fragen in ein breites Spektrum von Trägerorganen wurden von der Parteiversammlung über parteiinterne Arbeitsgruppen bis zum Präsident (für die vollständige Liste siehe Geser et al. 1994: 410) eine Vielzahl von Parteiorganen erfasst. Da aber in gewissen Kategorien (Arbeitsgruppen, Geschäftsleitung) eine zu geringe Fallzahl erhoben werden konnte, werden in der Folge nur sechs Instanzen berücksichtigt, die in der überwiegenden Zahl von Lokalparteien präsent sind.

Aus dem Fragebogen 2002 werden zudem die Daten der Fragen 26 und 52 verwendet. Die Parteipräsidenten berichten in diesem Fall über die von ihnen subjektiv wahrgenommene Einflussveränderung innerhalb der einzelnen Parteigremien. Damit kann ein Vergleich zwischen der in den zwei Fragebögen berechneten und der von den Präsidenten wahrgenommenen Einflussveränderung hergestellt werden.

Der letzte Schritt innerhalb dieser Studie (Kapitel 7) besteht aus der Suche nach beitragenden Faktoren, die bezüglich des Wandels weitere Erklärungen liefern mögen. Die Variablen aus den Fragen 24 und 44 resp. 25 und 51 werden zu diesem Zweck mit exogenen und endogenen Variablen verknüpft. Zur ersten Kategorie gehören die Sprachregionen und die Konfessionszugehörigkeit der einzelnen Kantone. Die Daten dazu wurden zum Teil durch das Bundesamt für Statistik erhoben. Zur zweiten Kategorie zählen die Links-Rechts Orientierung und das

Parteialter. In den Fragebögen 1990 und 2002 befinden sich die Antworten hierzu in den Fragen 6a resp. 3b (für die rechnerische Vorgehensweise siehe Abschnitt 4.3).

Durch die Fragestellung im Fragebogen ist die Untersuchung so strukturiert, dass die politischen Bereiche in die zwei Kategorien Sachpolitik und Personalpolitik unterteilt werden. Wie an früherer Stellen schon kurz beschrieben, erhält die Arbeit eine weitere Strukturierung durch die Beschränkung auf sechs Parteiinstanzen. Im folgenden Abschnitt soll anhand Gesers Einteilung eine kurze Charakterisierung der sechs Parteiinstanzen mit einer (Geser et al. 1994: 192 ff) anschliessenden Erläuterung bezüglich der Politikbereiche vorgenommen werden. Daran anschliessend folgen Erklärungen zum rechnerischen Vorgehen innerhalb der Teilschritte der Studie.

4.1 Die sechs Einflussinstanzen

Der Präsident

An der Spitze einer Partei findet sich in der Regel ein Präsident, der die Partei zusammen mit dem Vorstand führt. Zudem fällt ihm die Rolle zu, Parteiversammlungen und Vorstandssitzungen zu leiten und die Partei zum Beispiel in den Medien nach aussen zu vertreten.

Der Vorstand

Dank der Wahl durch die Parteiversammlung ist der Vorstand ein legitimes kleines Gremium von Parteiaktiven, das sich um Belange der Partei kümmert und zusammen mit dem Präsidenten die Führung wahrnimmt.

Die Exekutivmitglieder

Als Vertreter ihrer Partei in der Gemeindeexekutive kann den Exekutivmitgliedern eine einflussreiche Position innerhalb der Gemeinde als auch innerhalb der Partei zugerechnet werden. Durch ihre Zugangschancen zu wichtigen Informationen und die Pflege von sozialen Kontakten verfügen sie oft über einen Informationsvorsprung und können sich vom innerparteilichen Meinungsbildungsprozess lösen. Zudem können sie ihren Einfluss geltend machen bei der Prioritätensetzung und Traktandierung von Sachfragen innerhalb ihrer Partei.

Die Aktiven

Diese Gruppe von Parteimitgliedern zeichnet sich durch ein höheres Engagement innerhalb der Basis aus und versucht unter anderem durch Initiativen oder Anträge die Parteitagenda zu beeinflussen.

Die Parteiversammlung

Durch die Befugnis, die Statuten festzulegen und zu ändern, den Präsident und den Vorstand zu wählen und über Sachfragen abzustimmen, kommt diesem Parteiorgan in formeller Hinsicht die Grösste Bedeutung zu. Ihre Beschlüsse bilden die legitimatorische Basis der Partei.

Einzelne Mitglieder

Als letzte Gruppe werden die einzelnen Mitglieder in die Erhebung miteinbezogen, die durch ihre Mitgliedschaft die Partei unterstützen, sich aber nicht speziell organisieren innerhalb der Partei.

4.2 Politische Entscheidungen

Die in der Datenerhebung erfolgte Unterteilung in Sachpolitik und Personalpolitik wird in die Auswertung übertragen. Eine solche Differenzierung ist auch insofern sinnvoll, da diesen zwei Arten von Politiken grundsätzlich verschiedene Prozesse der Meinungsbildung und Entscheidfassung zugrunde liegen (ibd: 194). In der Sachpolitik geht es darum, einerseits eine allgemeine politische Linie zu verfolgen und Ziele festzulegen, andererseits aber auch zu konkreten politischen Fragen Stellung zu beziehen. Gegenstand der Personalpolitik bildet hingegen die Frage, wer für Gemeindeämter und parteiinterne Führungsämter ausgewählt und nominiert wird.

4.3 Rechnerisches Vorgehen

Ursprünglich beurteilten die Parteipräsidenten im Fragebogen den jeweiligen Einfluss einer Parteiinstanz innerhalb der vier Kategorien 'stark', 'mässig', 'keinen Einfluss' bzw. [ein bestimmtes Organ] 'gibt es nicht' (Fragen 24 und 44 in 1990, 25 und 51 in 2002). In der vorliegenden Studie wird diese Einteilung auf eine ordinale Skala von 1 bis 3 (1=kein, 2=mässig, 3=starker Einfluss) reduziert, während die Kategorien 'gibt es nicht' und die fehlenden Angaben eliminiert werden. Eine ähnliche Umkodierung erfolgt in Bezug auf die

Fragen 26 und 52 (2002): 1= Abnahme des Einflusses, 2=keine Veränderung, 3=Zunahme des Einflusses.

Abgestützt auf diese neue Datenbasis werden die Zahlen je nach Untersuchungsgegenstand anders verarbeitet. Im folgenden werden die verschiedenen rechnerischen Operationen vorgestellt:

- Im Kapitel fünf wird durch die Berechnung von Mittelwerten der durchschnittliche Einfluss für die jeweilige Instanz in Sach- und Personalpolitik im Jahre 2002 ermittelt.
- Im den ersten beiden Abschnitten des Kapitel sechs werden zwei unterschiedliche Untersuchungsmethoden ergriffen. Dabei wird der Einflusswandel einerseits durch eine Mittelwertberechnung (6.1 und 6.2) und andererseits durch eine Prozentanalyse auf der Grundlage von Häufigkeitsauszählungen (6.3) untersucht. Die Ergebnisse der Kreuztabellen geben Auskunft über die Prozentanteile der Lokalparteien, die sich in den neuen kombinierten Felder (Zunahme, Abnahme und keine Veränderung des Einflusses in 1990 und 2002 zuordnen lassen. Aus der Summe der Prozentzahlen der Felder, welche die gleiche Neigung aufweisen, gelangt man zum gesamten Prozentwert des Einflusswandels je Gremium. Das Ziel dieser doppelten Datenverarbeitung besteht darin zu überprüfen, ob sich durch die Gegenüberstellung zweier verschiedener Datenaggregate (Mittelwerte und Prozente) ähnliche Ergebnisse für das gleiche Untersuchungsobjekt, nämlich die Richtung des Wandels, errechnen lassen.
Im zweite Teil des Kapitels 6.3 werden die objektiv berechneten Resultate mit dem von den Parteipräsidenten subjektiv eingeschätzten Wandel verglichen. Dieses Vorgehen hat zum Ziel herauszufinden, ob die individuelle Wahrnehmung dieses Phänomens mit dem berechneten Trend übereinstimmt.
- Die Ergebnisse einer Berechnung sowohl von Mittelwerten als auch von Mittelwertdifferenzen (2002-1990) und deren Durchschnittswerten sind im Kapitel 7 dargestellt. Es wird damit möglich, den Einfluss und dessen Wandel je Parteiorgan aufgesplittet nach den vier Erklärungsvariablen zu präsentieren.

5. Parteiinstanzen und deren Einfluss

5.1 Sach- und personalpolitischer Einfluss

Beim Vergleich der Einflussnahme der verschiedenen Akteure auf sach- und personalpolitischer Ebene ergeben sich bereits einige interessante Befunde. Diese werden in der folgenden Tabelle ersichtlich:

Tab.1: Einfluss der Akteure im Jahre 2002 / Wandel des Einflusses bezogen auf die Jahre 1990 bis 2002

Parteiorgan	Sachpolitik		Personalpolitik	
	Einfluss	Wandel	Einfluss	Wandel
Präsident	2.44	0.03	2.43	0.07
Vorstand	2.72	0.02	2.76	0.04
Exekutivvertreter	2.58	0.07	2.29	0.06
Aktiven	2.63	-0.03	2.45	-0.06
Parteiversammlung	2.43	-0.06	2.29	-0.12
Einzelne Mitglieder	1.84	-0.10	1.84	0.04

Bezugsgrösse des Einflusses: 1=kein Einfluss, 2= mässiger Einfluss, 3=starker Einfluss

Der Vorstand verfügt innerhalb der Partei über den stärksten Einfluss, sowohl in der Sach- wie in der Personalpolitik. Im Unterschied zu den anderen Instanzen ist sein Einfluss aber in der Personalpolitik höher als in der Sachpolitik. Zusammen mit Präsident und Exekutivvertretern verfügt die Parteispitze über mehr Einfluss und somit Macht als die Basis. Die Parteiversammlung als eigentlich wichtigstes demokratisches Basisorgan fällt sogar noch hinter die Aktiven zurück. Die einzelnen Mitglieder sind mit ihrem geringen Einfluss wenig relevant. Demzufolge haben sie den anderen gegenüber eine geringere Entscheidungsmacht.

5.2 Aufspaltung nach Parteien

Um in der Folge die Aussagen überblickbar und möglichst einfach zu halten, werden nur die vier Bundesratsparteien und die Grüne Partei der Schweiz berücksichtigt.

Tab 2: Einfluss der einzelnen Parteien bezüglich Sachpolitik

Parteiorgan	Einfluss 02				
	GPS	SP	CVP	FDP	SVP
Präsident	2.31	2.38	2.45	2.50	2.48
Vorstand	2.79	2.66	2.72	2.76	2.76
Exekutivvertreter	2.38	2.60	2.60	2.55	2.58
Aktiven	2.87	2.68	2.60	2.61	2.56
Parteiversammlung	2.27	2.48	2.38	2.41	2.53
Einzelne Mitglieder	2.06	1.91	1.80	1.75	1.91

Legende: siehe Tab. 1

Tab.3: Einfluss der einzelnen Parteien bezüglich Personalpolitik

Parteiorgan	Einfluss 02				
	GPS	SP	CVP	FDP	SVP
Präsident	2.25	2.33	2.45	2.52	2.44
Vorstand	2.71	2.72	2.78	2.80	2.77
Exekutivvertreter	1.88	2.30	2.28	2.34	2.22
Aktiven	2.69	2.55	2.40	2.37	2.41
Parteiversammlung	2.25	2.35	2.26	2.24	2.33
Einzelne Mitglieder	2.18	1.87	1.85	1.78	1.87

Legende: siehe Tab. 1

Die FDP und CVP

Vergleicht man diese zwei Parteien miteinander, fällt sofort auf, dass sich ihr Einflussprofil nur unwesentlich unterscheidet. Für diese zwei wie auch für die anderen drei Parteien trifft zu, dass der Vorstand am meisten Einfluss genießt. Den Organen der Basis wird im Gesamtdurchschnitt aller Lokalparteien im Verhältnis wenig Einfluss zugestanden, dafür werden Präsident und Exekutivvertreter eher stärker berücksichtigt.

Der Hauptunterschied zwischen den zwei Parteien liegt darin, dass die FDP in personal- wie in sachpolitischen Entscheiden dem Präsident und dem Vorstand etwas mehr Entscheidungsmacht einräumen, die CVP diesbezüglich versucht, die Basis etwas stärker einzubinden.

Die SVP

Die auffälligste Besonderheit bei der SVP besteht darin, dass die Parteiversammlung bezüglich sachpolitischer Entscheide im Gesamtvergleich den grössten Einfluss wahrnimmt. Auch die einzelnen Mitglieder können sich stärker in die Politik einbringen als bei FDP und CVP. Insofern besteht ein höherer Anspruch an parteiinterne Demokratie. Es bleibt aber festzuhalten, dass bezüglich dem Einfluss der Parteispitze (Präsident, Vorstand, Exekutivvertreter) der Unterschied zu den anderen bürgerlichen Parteien von eher geringem Ausmass ist.

Die SP

Der Einfluss der Aktiven liegt bezüglich der Sachpolitik leicht über dem Einfluss des Vorstandes, was im Vergleich zu den bürgerlichen Parteien ein bedeutender Unterschied ist. Bezüglich der Personalpolitik können die Aktiven der SP einen etwas grösseren Einfluss geltend machen als die Aktiven in den Parteien der FDP, SVP und CVP. Die Parteileitung (Präsident und Vorstand) erhält im Gesamtvergleich weniger Gewicht. Durch den Befund, dass die Parteiversammlung nur unwesentlich weniger Einfluss geniesst als bei der SVP und auch die einzelnen Mitglieder sich relativ stark einbringen können, zeichnet sich hier ein Bild einer Partei ab, die dem Idealtypus der Basispartei entsprechen könnte.

Die GPS

Als eher überraschender Befund kann gewertet werden, dass der Einfluss der Parteiversammlung bezüglich der Personalpolitik im Bereich der bürgerlichen Parteien liegt und in der Sachpolitik sogar noch darunter liegt. Dafür sind die Werte der einzelnen Mitglieder im Gesamtvergleich am höchsten, und auch die Aktiven geniessen einen hohen Einfluss, der dem des Vorstandes entspricht oder sogar darüber liegt. Die Exekutivvertreter hingegen treten eher in den Hintergrund. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass bei der GPS der Einfluss eher auf informellem Weg in die Parteipolitik einfliesst. Zu bedenken ist aber auch, dass durch eine relative kleine Fallzahl eine gewisse Verzerrung stattgefunden haben könnte.

Im folgenden Kapitel sollen erste Ergebnisse festgehalten werden, die dazu dienen, unsere Hypothese der Wandlung der Parteien von Basisparteien hin zu professionalisierten Wählerparteien nicht zu falsifizieren.

6. Der Wandel

Nachdem im Kapitel fünf berechnet wurde, welches Parteiorgan mit welcher Einflusskraft die politische Bühne betritt, soll im folgenden Teil der Wandel und dessen Richtung den Untersuchungsgegenstand bilden. Wie in der Hypothese bereits formuliert wird erwartet, dass sich das Einflusspotential der Führungsgremien im Vergleich zu den Basisorganen verstärkt hat.

In der Literatur und in der Öffentlichkeit ist oft von Einflussveränderungen und Strukturwandel innerhalb der Parteien die Rede. Für den empfundenen Trend kann nun ein Ausmass angegeben werden (Abschnitte 6.1, 6.2 und 6.3). In Abschnitt 6.4 wird zudem ersichtlich, dass die von den Subjekten empfundene Grösse dieses Wandels nicht der tatsächlichen Einflussveränderung entspricht, sondern dass eine Unterschätzung vorliegt.

6.1 Der Wandel bezüglich Sach- und Personalpolitik

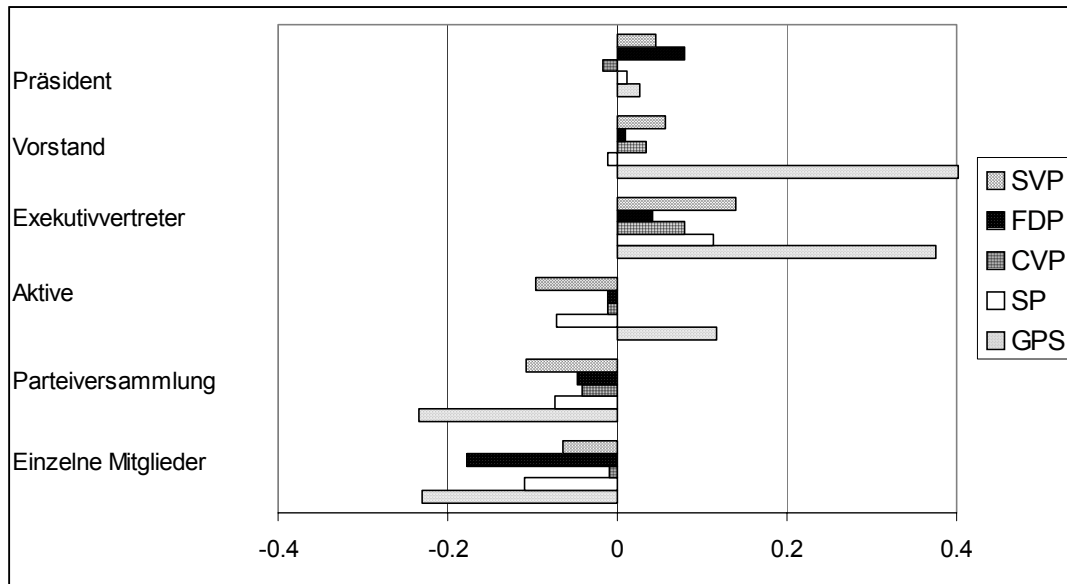
Im Gesamtvergleich der fünf Parteien ist klar festzustellen, dass sich ein Trend abzeichnet in Richtung Zunahme des Einflusses für die Parteileitung, während die Basis an Einfluss verliert (siehe auch Tab. 1).

Innerhalb der Spitze zeigt sich, dass die Exekutivmitglieder in der Sachpolitik den grössten Zuwachs verzeichnen können, während in der Personalpolitik an erster Stelle die Präsidenten stehen. Die gegenteilige Entwicklung der Basis trifft die Parteiversammlung am stärksten, in der Sachpolitik aber auch die einzelnen Mitglieder. Diese können in der Personalpolitik jedoch einen leichten Zuwachs ihres Einflusses verzeichnen.

6.2 Aufspaltung nach Parteien

Nach der Berechnung des Wandels je Parteiorgan werden hier die Ergebnisse nach Parteizugehörigkeit gesplittet. Daraus lassen sich die folgenden Erkenntnisse ableiten:

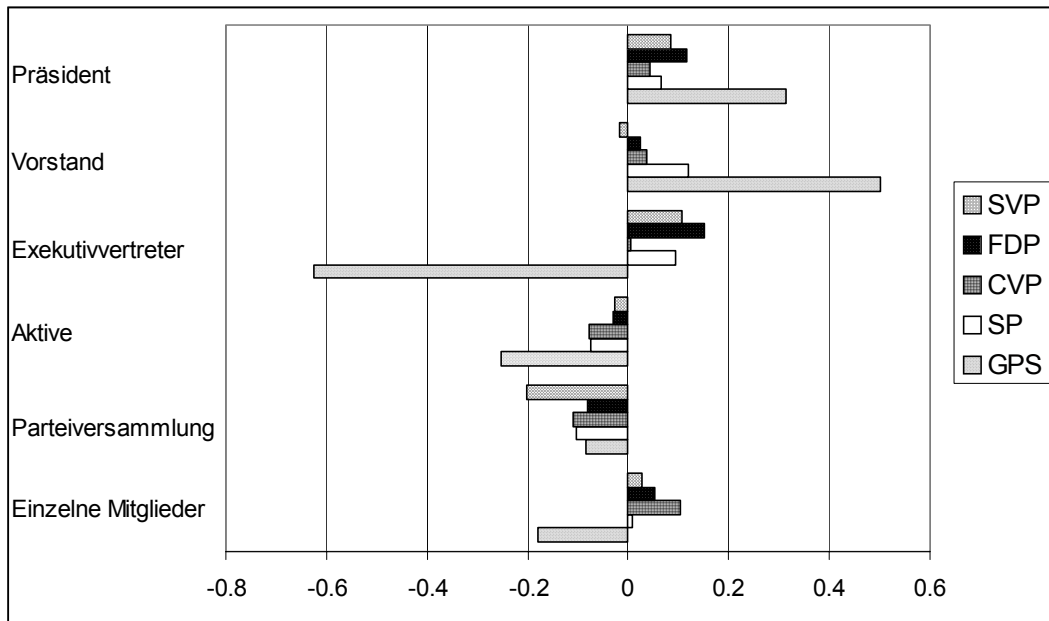
Abb. 1: Wandel der einzelnen Parteien bezüglich der Sachpolitik



Betrachtet man die Abbildung 1, dann stellt man fest, dass die grösste Veränderung im positiven Sinn bei den Exekutivmitgliedern stattgefunden hat, wobei die linken Parteien und die SVP im Verhältnis stärker zugelegt haben als die FDP und die CVP. Dies könnte darauf hinweisen, dass sich die Parteien in Richtung des von Katz und Mair (1993) beschriebenen Parteityps "party in public office" entwickeln und die Mandatsträger an Einfluss gewinnen. Bei allen Parteien verzeichnen die Parteiversammlung und die "einzelnen Mitglieder" den grössten Verlust bezüglich ihres Einflusses, was ein Hinweis für eine zunehmende Professionalisierung und Entwicklung in Richtung Kartellpartei bedeuten könnte.

In Bezug auf die *Personalpolitik* können die folgenden Schlüsse gezogen werden:

Abb. 2: Wandel der einzelnen Parteien bezüglich der Personalpolitik



Gemäss Abbildung 2 können die Parteipräsidenten den grössten Einflusszuwachs verzeichnen. Dabei wird deutlich, dass die GPS gefolgt von SVP und an dritter Stelle der FDP die stärksten Veränderungen aufweisen. Auch der Vorstand verzeichnet mit Ausnahme der SVP einen allgemeinen positiven Trend. Weiter wird hier ersichtlich, dass mit Ausnahme der GPS und der CVP die Exekutivmitglieder auch in personalpolitischen Belangen an Einfluss gewinnen. Wie schon im vorhergehenden Kapitel zeigt sich auch hier klar, dass die Parteiversammlung an Einfluss verliert. Zu den Verlierern zählen auch die Aktiven. Mit Ausnahme des an sich etwas erstaunlichen Befundes der Einflusszunahme seitens der 'einzelnen Mitglieder' weisen auch hier die Zeichen darauf hin, dass sich die Annahme der zunehmenden Professionalisierung und Entwicklung in Richtung von Kartellparteien bestätigen könnte.

6.3 Prozentuales Ausmass und Richtung des Wandels

Der folgende Abschnitt befasst sich mit einer prozentualen Analyse zweier Untersuchungsobjekte. Zuerst fällt der Fokus auf die einzelnen Parteiinstanzen. Anschliessend werden Schlüsse bezüglich Basis und Führung in Form von Aggregaten gezogen.

6.3.1 Die einzelnen Parteiorgane und ihre prozentuale Einflussveränderung

Als Berechnungsgrundlage dient eine Kreuztabellierung, die anhand der Werte der Jahre 1990 und 2002 für jede Parteiinstanz bezüglich Sach- und Personalpolitik erstellt wurde. Das rechnerische Vorgehen wurde bereits in Abschnitt 4.3 beschrieben.

Die in Tabelle vier dargestellten Daten ermöglichen eine doppelte Analyse. Einerseits zeigen die Vorzeichen und die Werte im Feld 'Differenz zwischen Zunahme und Abnahme' die Richtung und das Ausmass des Wandels der Einflusskapazitäten jedes Parteiorgans. Andererseits werden beide Grösse für jede Akteurgruppe, Basis und Führung ersichtlich.

Tab. 4: Berechnete Einflussveränderung in Prozentanteilen der Lokalparteien und Differenz zwischen Zunahme und Abnahme deren Einfluss

Parteiorgan	Sachpolitik				Personalpolitik			
	Z	KV	A	$\Delta Z-A$	Z	KV	A	$\Delta Z-A$
Präsident	28.28	48.81	22.91	5.37	30.46	46.78	22.75	7.71
Vorstand	18.80	63.85	17.34	1.46	17.74	67.91	14.35	3.39
Exekutivvertreter	29.03	50.36	20.61	8.42	28.31	48.18	23.51	4.80
Aktive	20.92	56.76	22.31	-1.39	21.62	51.90	26.47	-4.85
Parteiversammlung	21.14	51.24	27.61	-6.47	22.82	45.31	31.86	-9.04
Einzelne Mitglieder	18.45	54.48	27.05	-8.60	25.95	50.47	23.58	2.37

Z: Einflusszunahme / KV: keine Veränderung des Einflusses / A: Einflussabnahme

$\Delta Z-A$: Differenz zwischen Einflusszunahme und -abnahme

Eine erste Regelmässigkeit tritt in der Kategorie 'keine Einflussveränderung' hervor. Sowohl in Sach- als auch in Personalpolitik pendeln die Werte um rund fünfzig Prozent. Das bedeutet, dass die Hälfte aller Lokalparteien für die meisten Gremien keine Einflussverschiebung festgestellt haben. Die einzige Abweichung bildet dabei der Vorstand. In 63.85 bzw. 67.91 Prozent der Fälle ist diese Tendenz zu beobachten. Seine schon 1990 bestehende grosse Entscheidungsmacht und seine dominante Stellung innerhalb der Instanzenhierarchie könnten der Grund dieser Starrheit sein. Dies würde erklären, warum es zu keiner markanten Einflusszunahme oder -abnahme gekommen ist in den letzten zwölf Jahren.

Für die Felder der Wertdifferenzen (Sach- und Personalpolitik) teilt sich die Tabelle unmittelbar in zwei Teile. Auf der einen Seite überwiegt für den Präsidenten, den Vorstand und die Exekutivvertreter eine Einflusszunahme. Das weist darauf hin, dass diese drei Gremien an Einflussmacht gewonnen haben. Insbesondere die Exekutivvertreter verzeichnen mit 29.03 Prozent die grösste Zunahme in der Sachpolitik. In der Personalpolitik hingegen sind es die Parteipräsidenten mit 30.46 Prozent, die den grössten Zuwachs verzeichnen.

Eine entgegengesetzte Situation präsentiert sich für die Aktiven, die Parteiversammlung und die einzelnen Mitglieder. Mit Ausnahme der 'einzelnen Mitglieder' in der Personalpolitik verzeichnen diese Instanzen eine Abnahme ihres Einflusses. In beiden Politikfeldern verliert die Parteiversammlung mit 27.61 bzw. 31.86 Prozent am meisten Einfluss. Die Versammlung bildet die legitimatorische Grundlage einer Partei und ist eng mit einer demokratischen Regelung der parteiinternen Entscheidungsprozesse verknüpft. Wenn eine Abnahme deren Einfluss festgestellt wird, wird es fraglich, ob die getroffenen Entscheidungen überhaupt noch legitim sein können.

Betrachtet man die Ergebnisse der zwei Akteurgruppen etwas genauer, dann fällt auf, dass sich die Entwicklungsrichtung polarisiert. Durchschnittlich ist die Einflussabnahme der Basis ungefähr gleich gross wie die Einflusszunahme der Führung. Theoretisch mögen die folgenden Erklärungen hilfreich sein: dem Konkurrenzparadigma entsprechend besteht das Bedürfnis nach einer effizienteren und anpassungsfähigeren Parteienspitze, während die Basiseinbindung von sekundärer Bedeutung wird (Wiesendahl 1980).

6.3.2 Vergleich zwischen berechneter und geschätzter Einflussverschiebung

In diesem Ausschnitt wird der Vergleich zwischen den oben berechneten und den von den Parteipräsidenten geschätzten Einflussveränderung hergestellt. Zweck dieser Gegenüberstellung ist es, das Ausmass der Übereinstimmung von tatsächlichem und wahrgenommenem Einflusswandel zu erkennen. Die geschätzte Einflussveränderung bezüglich der Parteiversammlung, dem Vorstand und dem Präsidenten sind in der unterstehenden Tabelle 5 dargestellt. Die Auswahl dieser drei Instanzen erfolgte nicht zufällig, sondern ist durch die Fragestellung im Fragebogen 2002 gegeben.

Tab. 5: Geschätzte Einflussveränderung in Prozentanteilen der Lokalparteien

	Sachpolitik			Personalpolitik		
	Z	KV	A	Z	KV	A
Parteiversammlung	10.90	68.66	20.43	6.96	75.18	17.86
Vorstand	29.82	60.75	9.43	30.83	63.10	6.06
Präsident	26.04	63.82	10.14	27.67	65.92	6.41

Legende: siehe Tab.4

Die Ergebnisse weisen einen klaren Trend auf: die Kategorie 'keine Einflussverschiebung' erreicht in beiden Politikfelder die höchsten Prozentwerte. Aus der Sicht von ungefähr zwei

Dritteln der Lokalparteipräsidenten hat sich der Einfluss der betroffenen Gremien überhaupt nicht verändert.

Die anderen zwei Felder weisen eine Abweichung auf. Die Parteiversammlung erreicht mit 20.43 Prozent in sachpolitischen bzw. 17.86 Prozent in personalpolitischen Fragen der Lokalparteien eine starke Einflussabnahme. Eine Gegenneigung ist hingegen beim Vorstand und Präsidenten zu erkennen. Die Einflusszunahme dieser Führungsinstanzen beträgt 29.04 bzw. 26.82 Prozent in Sach- respektive 30.83 und 27.67 Prozent in Personalpolitik. Diese Ergebnisse leisten einen zusätzlichen Beitrag zur Bestätigung des gefundenen Trends und somit zu keiner Falsifizierung der Hypothesen.

In der Folge sollen die berechneten und geschätzten Werte einander nun gegenübergestellt und miteinander verglichen werden. Die Tabelle sechs bietet eine Übersicht über die Differenz der Prozentanteile bezüglich der drei Instanzen.

Tab. 6: Differenz zwischen geschätzter und berechneter Einflussveränderung ausgedrückt in Prozentzahlen bezüglich Sach- und Personalpolitik.

Parteiorgan	Sachpolitik			Personalpolitik		
	Z	KV	A	Z	KV	A
Parteiversammlung	-10.24	17.42	-7.18	-15.86	29.87	-14.00
Vorstand	11.02	-3.10	-7.91	13.09	-4.8	-8.29
Präsident	-2.24	15.01	-12.78	-2.78	19.14	-16.35

Legende: siehe Tab. 4

Werden von den geschätzten Werten die berechneten Werte subtrahiert, dann weisen die Ergebnissen zwei unterschiedliche Tendenzen auf. Während positive Resultate eine Überschätzung seitens der Präsidenten darstellen, stehen negative Ergebnisse für eine Unterschätzung.

Einerseits erkennt man für Parteiversammlung und Präsident hohe positive Differenzwerten in der Kategorie 'keine Veränderung' bezüglich Sach- und Personalpolitik. Dies spricht dafür, dass eine grössere Veränderung stattgefunden hat als von den Präsidenten wahrgenommen wurde. Andererseits weisen die negativen Vorzeichen bezüglich der Zunahme und Abnahme in beiden Politikbereichen auf eine Unterschätzung des Wandels hin. Die prozentualen Differenzen bezüglich Zu- und Abnahme schwanken zwischen 7 und 17 Prozent. Eine Ausnahme stellt der Präsident dar. Die Werte bleiben für die Zunahme in Sach- und Personalpolitik unter 3 Prozent. Bei dieser im Verhältnis zu den anderen Werten relativ

geringen Unterschätzung muss man aber im Auge behalten, dass Parteipräsidenten die Tendenz haben, das eigene Einflusspotential als geringer einzuschätzen als es in Wirklichkeit ist. Dies wird auch aus den relativ hohen Prozentwerten bei der Abnahme ersichtlich.

Andererseits fällt beim Vorstand auf, dass 'keine Einflussverschiebung' leicht unterschätzt wird. Hiermit wird noch einmal deutlich, dass der Vorstand als dominantes Parteiorgan in Erscheinung tritt. Bei der 'Zunahme' wurde in beiden Politikbereichen die Einflussveränderung überschätzt resp. bei der 'Einflussabnahme' unterschätzt. Die zweite Erkenntnis entspricht aber in etwa dem Trend.

Bezüglich dieses Vergleichs ist es aber wichtig zu erwähnen, dass die Einschätzungen der Parteipräsidenten immer noch subjektive Meinungen darstellen und diese deshalb nicht homogen sind. Ein zweiter Punkt, den es zu anfügen gilt, ist die mögliche Inkongruenz der Präsidenten in den Jahren 1990 und 2002. Das verunmöglicht aber nicht, dass aus den bisher in Kapitel sechs dargestellten Ergebnissen Schlüsse gezogen werden können.

Alle Untersuchungsergebnisse – zuerst in Bezug auf die vier Bundesratsparteien und die Grünen als Grundgesamtheit, danach nach einzelnen Parteien aufgeschlüsselt und schliesslich auf die von den Parteipräsidenten geschätzten Einflussveränderungen untersucht – weisen auf einen Wandel des Einflusses weg von der Basis hin zur Parteispitze. Die formulierte Hypothese wird somit nicht falsifiziert. Die schweizerischen Lokalparteien erleben einen Strukturwandel: es zeichnet sich ein Wandel von Basisparteien zu Kartellparteien ab.

7 Erklärende Faktoren des innerparteilichen Einflusswandels

Im folgenden Kapitel soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich der beschriebene Strukturwandel durch weitere beitragende Faktoren erklären lässt. Die Autoren haben sich dabei bewusst auf vier relevante Variablen beschränkt. Dabei können zwei Gruppen unterschieden werden. Zu den exogenen Faktoren zählen sowohl die Unterteilung in die verschiedenen Sprachregionen als auch die Konfession eines Kantons. Es soll die Frage geprüft werden, ob sich der Trend der zunehmenden Professionalisierung in den einzelnen Sprachregionen (Deutschschweiz, Italienische Schweiz, Westschweiz) in ähnlichem Ausmass abzeichnet. Weiter wird untersucht, inwiefern die Konfession eines Kantons einen Einfluss auf den sich abzeichnenden Trend innerhalb der Parteien hat. Die zweite Gruppe der endogenen Faktoren wird durch charakteristische Eigenheiten der Parteien gebildet. Dabei werden die zwei Variablen der Links-Rechts-Orientierung einer Partei und das Parteialter beigezogen. Dadurch soll der Frage nach einem möglichen Zusammenhang zwischen parteiinterner Charakteristiken und dem Wandel des Einflusses nachgegangen werden.

7.1 Exogene Einflussvariablen: Sprachregionen und Konfession

Werden die Parteien hinsichtlich ihrer sprachregionalen Herkunft eingeteilt und auf ihre Einflussmuster bezüglich der sechs Parteiorgane untersucht, so können einzelne Unterschiede festgestellt werden. Dabei zeichnet sich ab, dass die Parteien der Italienischen Schweiz am wenigsten basidemokratisch organisiert sind. Dies wird aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

Tab. 7: Einfluss in der Sachpolitik und Wandel des Einflusses nach Sprachregionen

Parteiorgan	Einfluss			Wandel		
	D	F	I	D	F	I
Präsident	2.48	2.38	2.28	0.04	0.03	-0.08
Vorstand	2.73	2.68	2.62	0.02	0.13	-0.08
Exekutivvertreter	2.57	2.66	2.61	0.11	0.1	0
Aktive	2.64	2.54	2.53	-0.08	-0.09	0.2
Parteiversammlung	2.48	2.35	2.24	-0.08	0.09	0.06
Einzelne Mitglieder	1.89	1.75	1.5	-0.13	0.02	-0.11
<i>Durchschnitt</i>	2.47	2.39	2.3	-0.2	0.05	0.01

D: Deutsch / F: Französisch / I: Italienisch

Der Wert bezüglich des Einflusses der Parteiversammlung ist in der Italienischen Schweiz im Vergleich mit der West- und der Deutschschweiz deutlich kleiner. Zu einem ähnlichen Befund kam auch Geser (1994).

Die Parteileitung mit Präsident und Vorstand geniesst in der Deutschschweiz am meisten Einfluss. Bei den Exekutivvertretern hingegen ist es genau umgekehrt, da diese in den anderen zwei Sprachregionen höhere Werte erzielen. Durch den im Verhältnis zu Westschweiz und Italienischen Schweiz grösseren Einfluss der Parteiversammlung kann man schliessen, dass in der Deutschschweiz die stärksten polyarchischen Strukturen vorzufinden sind.

Der schon früher beschriebene Befund des stärksten Einflusses durch den Vorstand bestätigt sich auch hier innerhalb aller drei Sprachregionen. Berechnet man den durchschnittliche Einfluss sämtlicher Parteiorgane pro Sprachregion, stellt sich heraus, dass dieser in der Deutschschweiz am höchsten ist, was auf grössere parteiinterne Auseinandersetzungen schliessen lässt. Die bisher beschriebenen Befunde gelten sowohl für die Sach- als auch für die Personalpolitik.

Bezüglich des Wandels bestätigt sich der in Kapitel sechs gezogene Schluss einzig für die Deutschschweiz. Während die Parteispitze und die Exekutive an Einfluss gewinnen, vermindert sich dieser bei der Basis. Für die Französische und die Italienische Schweiz zeichnet sich bezüglich der Sachpolitik ein etwas gegenteiliger Trend ab. Während in der Westschweiz sowohl die Parteiversammlung als auch einzelne Mitglieder an Einfluss gewinnen, kommt es in der Italienischen Schweiz neben dem zunehmenden Einfluss der Basis (Ausnahme sind einzelne Mitglieder) zu einem Verlust bei der Parteileitung. Ein zunehmender Einfluss der Basis findet sich auch in der Personalpolitik der Parteien der Italienischen Schweiz. Dies könnte darauf hinweisen, dass diese Parteien bestrebt sind, ihr basisdemokratisches Defizit wettzumachen.

Betrachtet man die Konfessionszugehörigkeit als zweiten exogenen Erklärungsfaktor, stellt sich heraus, dass die Unterschiede gering sind. Bezüglich der Sachpolitik bestätigen sich die bisher gemachten Beobachtungen erneut, d.h. die Parteispitze gewinnt während die Basis an Einfluss verliert. Dies gilt sowohl für die katholischen wie die reformierten Kantone.

Ein etwas abweichender Trend ist bei den katholischen Kantonen bezüglich der Personalpolitik festzustellen. Während die Basis verhältnismässig wenig Einfluss verliert, können der Präsident und der Vorstand eine deutliche Zunahme verzeichnen. Dies wird in der untenstehenden Tabelle acht ersichtlich:

Tab. 8: Personalpolitischer Einfluss und Wandel des Einflusses nach Konfessionen

Parteiorgan	Einfluss		Wandel	
	Reformiert	Katholisch	Reformiert	Katholisch
Präsident	2.45	2.38	0.08	0.1
Vorstand	2.79	2.72	0.06	0.09
Exekutivvertreter	2.28	2.31	0.12	0
Aktive	2.48	2.36	-0.06	0
Parteiversammlung	2.27	2.26	-0.14	-0.1
Einzelne Mitglieder	1.87	1.77	0.05	0.09
<i>Durchschnitt</i>	2.36	2.3	0.02	0.03

Reformiert = unter 60 % Prozent Katholiken / Katholisch = über 60 % Katholiken je Kanton

Dies könnte daher kommen, dass Parteien in katholischen Kantonen bisher weniger straff organisiert waren. Durch einen verstärkten Ausbau des Einflusses in der Parteispitze versuchen sie möglicherweise, die Macht zu zentralisieren, damit eine klarere Führung möglich wird.

Sowohl in der Personal- wie auch in der Sachpolitik werden von den Parteien in den reformierten Kantonen tendenziell mehr Einfluss ausgewiesen.

7.2 Endogene Einflussvariablen: Links-Rechts Orientierung und Parteilager

Die Links-Rechts Orientierung stellt den ersten endogenen Erklärungsfaktor dar. Wie schon in Kapitel drei erwähnt wurde, ist diesbezüglich zu erwarten, dass linke Parteien mehr basisdemokratisch organisiert sind als die rechten (Geser 1994).

Die nachfolgende Tabelle neun gibt einen Überblick über die Mittelwerte des Jahres 2002 und die Differenzzahlen zwischen den Werten aus 1990 und 2002.

Tab. 9: Einfluss in der Sachpolitik und Wandel des Einflusses nach der Links-Rechts Orientierung

Parteiorgan	Einfluss			Wandel		
	Links	Mitte	Rechts	Links	Mitte	Rechts
Präsident	2.37	2.47	2.55	-0.02	0.04	0.16
Vorstand	2.71	2.72	2.75	-0.01	0.04	0.01
Exekutivvertreter	2.61	2.58	2.55	0.14	0.05	0.16
Aktive	2.71	2.60	2.58	-0.06	-0.05	-0.03
Parteiversammlung	2.50	2.41	2.47	-0.04	-0.08	-0.05
Einzelne Mitglieder	1.94	1.81	1.80	-0.08	-0.11	-0.12

Durchschnitt	2.47	2.43	2.45		-0.012	-0.018	0.021
--------------	------	------	------	--	--------	--------	-------

In den Ergebnissen bezüglich der Mittelwerte weisen der Vorstand unter den Führungsorganen und die Aktiven unter der Basis die höchsten Werte auf. Dies ist kein neuer Befund, sondern eine Bestätigung früherer Resultate. Weiter ist zu bemerken, dass innerhalb der Führungsgremien die Werte relativ homogen sind, d. h. dass es kaum Unterschiede gibt bezüglich des Einflusses in Abhängigkeit der Links-Rechts Situierung. Einzig der Präsident bei den linken Parteien mit seinem relativ geringen Wert (2.37) und die Exekutivvertreter wegen ihres hohen Wertes (2.61) bilden eine Ausnahme. Die Basisinstanzen geniessen v.a. in linken Lokalparteien einen gewissen Entscheidungseinfluss, wobei die Aktiven die mit relativ hohen Werten (2.71) über den grössten Einfluss verfügen .

Die Differenzwerte weisen hingegen auf die theoretischen Erwartungen hin. Bei den linken Parteien ist dies zu erkennen, obwohl der Präsident und der Vorstand minimal an Einfluss verloren haben (-0.02 bzw. -0.01 Differenzpunkte). Dies bildet gleichzeitig die einzige Ausnahme. Für die Lokalparteien der Mitte und der Rechten sind keine Abweichungen vom Einflussgrundschema festzustellen: Führungsorganen haben gegenüber den Basisgremien an Entscheidungseinfluss gewonnen.

Der zweite untersuchte Erklärungsfaktor ist das Alter einer Partei. Diese Wahl wird mit der Begründung getroffen, dass vermutetet wird, dass jüngere Parteien sensibler für soziale und ökologische Issues sind und darum eher integrativ wirken als ältere Parteien. Das wird teilweise durch die Ergebnisse in der Tabelle neun bestätigt. Man kann dem aber eine Gegenthese gegenüberstellen, indem ausgesagt wird, dass neu gegründete Parteien auf Grund eines Konkurrenzdruckes seitens der anderen schon gefestigten Parteien die Aufmerksamkeit auf eine reaktions- und anpassungsfähige Parteienleitung richten müssen.

Die untenstehenden Ergebnisse für sachpolitische Entscheidungen zeigen auf, wie sich die Mittelwerte des Einflusses der einzelnen Parteiorganen aufgesplittert nach Alterskategorien verhalten. Die Kategorien sind so gebildet worden, dass v.a. für die Gruppen 'unter 19' und 'über 100' genug Fälle vorhanden waren, damit Aussagen gemacht werden konnten.

Tab.10: Sachpolitischer Einfluss und Wandel des Einflusses nach Parteilalter

Parteiorgan	Einfluss				Wandel			
	<19	20-59	60-99	>100	Δ <19	Δ 20-59	Δ 60-99	Δ >100
Präsident	2.41	2.44	2.48	2.48	-0.09	0.01	0.08	0.14
Vorstand	2.76	2.72	2.72	2.75	0.09	-0.04	0.01	0.14
Exekutivvertreter	2.54	2.56	2.62	2.70	0.10	0.03	0.14	0.19
Aktive	2.73	2.60	2.70	2.67	0.03	-0.07	-0.01	0.01
Parteiversammlung	2.37	2.45	2.52	2.38	-0.10	-0.07	-0.02	0.02
Einzelne Mitglieder	1,86	1.82	1.88	1.82	-0.13	-0.09	-0.09	-0.18
<i>Durchschnitt</i>	<i>2.44</i>	<i>2.43</i>	<i>2.48</i>	<i>2.46</i>	<i>-0.016</i>	<i>-0.038</i>	<i>0.018</i>	<i>0.053</i>

In Bezug auf die Mittelwerte erkennt man eine ähnliche Situation wie bei den Daten der Links-Rechts Orientierung: der Vorstand und die Aktiven sind für alle vier Altersgruppen die einflussreichsten Parteiorgane. Im Kategorienvergleich fällt auf, dass sich der Einfluss von Präsident und Exekutivvertretern mit dem Alter vermehrt. Beim Vorstand weisen die Werte nur kleine Unterschiede auf, und somit weisen auch die jüngsten Parteien relativ hohe Werte auf. Die Basisinstanzen weisen ziemlich heterogene Ergebnisse auf. Während auf der einen Seite die Aktiven in Lokalparteien 'unter 19' das einflussreichste Organ darstellen, weist die Parteiversammlung in dieser Kategorie die tiefsten Werte aus. Somit ist keine regelmässige Ab- oder Zunahme des Einflusses bezüglich der Basisgremien durch die Alterskategorien zu erkennen.

Die Mittelwertdifferenzen zeigen jedoch neues auf. Bei jüngeren Parteien, welche in den 80er Jahren gegründet wurden ('unter 19'), verliert der Präsident eindeutig an Einfluss, während die Aktiven eine Zunahme verzeichnen können. Im Gegensatz zum oben beschriebenen Fall der Linken besteht hier eine Tendenz einer Gegenentwicklung: ein Basisorgan wird einflussreicher, während eine Führungsinstanz an Einfluss verliert. Das könnte darauf hinweisen, dass jüngere Parteien mehr basisdemokratisch strukturiert sind. In der nächsten Altersgruppe (zw. 20 und 59 Jahre alt) stellt man beim Vorstand ein ähnliches Phänomen fest. Während dieser einen negativen Wert verzeichnet, erfolgt aber in der Basis keine gegenteilige Entwicklung. Ein perfekter Trend zeichnet sich bei Parteien zw. 60 und 99 Jahren ab: die Führung, v.a. Präsident und Exekutivvertreter, kann ihren Einfluss ausbauen während die Basis verliert. Bei den Parteien älter als Hundert Jahre steigt der Einfluss der Aktiven und der Parteiversammlung leicht. Der geringen Differenzwerte wegen ist dieses Ergebnis mit Rücksicht zu geniessen. Es könnte aber insofern erklärt werden, dass ältere Parteien das

Bedürfnis gehabt haben, sich wegen Konkurrenzkampf und sozialem Druck intern zu reorganisieren und vermehrt jüngere politische Fragen zu diskutieren. Dies könnte dazu geführt haben, dass die Partizipation der Basis erweitert wurde.

Innerhalb der berechneten Durchschnittswerte sind keine bedeutenden Unterschiede zwischen den Alterskategorien festzustellen. Die durchschnittlichen Mittelwertdifferenzen zeigen, dass jüngere Parteien (Kategorie <19 und 20-59) im Vergleich zu den älteren Einbußen verzeichnen. Erklärung für diese Beobachtung mag sein, dass Parteien, welche sich im politischen System gut gefestigt haben, bei Entscheidungen mehr Einfluss ausüben können. Indem sie ein festen Bestandteil der politischen und gesellschaftlichen Konfliktaustragen bilden, können sie ihren Einfluss besser geltend machen. Dies wird v.a. bei der Gruppe der über Hundertjährigen (0.053) ersichtlich.

Es ist zu bemerken, dass sowohl im Fall der Datenauswertung für die Links-Rechts Orientierung als auch für die Unterteilung in Alterskategorien lediglich die Ergebnisse für den Bereich der sachpolitischen Entscheidungen angeführt wurden. Grund dafür ist, dass alle berechneten Werte in der Personalpolitik dem Grundmuster einer Einflussvermehrung der Parteispitze bzw. dem Verlust der Basisgremien entsprechen.

8. Fazit

Zu Beginn der Arbeit wurde die Frage nach innerparteilichen Demokratieverhältnissen und deren Wandel auf Ebene der Lokalparteien gestellt. Die Frage nach Macht und Einfluss innerhalb der verschiedenen Parteien in den letzten zwölf Jahren stand im Zentrum des Interesses. Anhand der durchgeführten Untersuchungen können, die Güte der Daten vorausgesetzt, einige Schlussfolgerungen gezogen werden. Diese beinhalten die folgenden Kernaussagen:

in Bezug auf den Einfluss im Jahre 2002

- Der ausgeübte Einfluss ist in der Sachpolitik höher als in der Personalpolitik. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Sachpolitik umstrittener ist.
- Obwohl jede Partei über ein individuelles Einflussprofil verfügt, ist praktisch allen Parteien gemeinsam, dass der Vorstand die höchsten Werte aufweist und somit das einflussreichste Parteiorgan sowohl in der Sach- wie in der Personalpolitik ist. Dabei ist der absolute Einfluss in der Personalpolitik etwas höher. Im Gegensatz dazu üben die weiteren Parteiinstanzen mehr Macht und Einfluss in der Sachpolitik aus.
- Bezüglich der Legitimationsfrage einer Partei und unter dem Blickwinkel des möglichst starken Einbezugs der Basis in den Entscheidungsprozess schneidet die SVP mit Höchstwerten der Parteiversammlung in der Sachpolitik am besten ab. Werden aber die absoluten Werte des Einfluss der Basis verglichen, so weisen auch die Grünen und die SP hohe Werte auf nähern sich insofern dem Idealtyp einer basisdemokratischen Partei an.

In Bezug auf den Wandel

- Die in der Theorie oft beschriebene und in den Medien und der Öffentlichkeit diskutierte Entwicklung in Richtung Professionalisierung der Parteien kann bestätigt werden.
- Sowohl in der Führung als auch in der Basis der Parteien ist bezüglich der Sachpolitik eine grössere Veränderung festzustellen als in der Personalpolitik. Während die Parteispitze und diesbezüglich in erster Linie die Exekutivvertreter einen grossen positiven Zuwachs verzeichnen können, verliert die Basis an Einfluss.
- Von den personalpolitischen Einflussveränderungen profitieren in erster Linie die Parteipräsidenten, während die Basis im Vergleich zur Sachpolitik kleinere Einbussen zu verzeichnen hat.

In Bezug auf endogene und exogene Faktoren:

- Sowohl das Alter der Partei und die Links-Rechts Orientierung wie auch die Konfession und die Sprachregionen liefern eine geringe Erklärungskraft zum Wandel der Parteien. Dies weist erstens darauf hin, dass kaum ein Zusammenhang besteht zwischen parteiinternen Variablen und der Veränderung der Machtstrukturen., zweitens liefern auch parteiexterne Variablen kaum neue Informationen.

Aus diesen Ergebnissen kann gefolgert werden, dass der Trend Richtung Professionalisierung der Parteien ersichtlich ist, unklar bleibt aber weiterhin, von welchen Faktoren dieser abhängig ist. Folgende Überlegungen könnten diesbezüglich vielleicht zu Antworten führen:

- Da der Wandel weder von der politischen Orientierung noch vom Alter der Partei abhängig ist, ist es fraglich, ob andere parteiinterne Faktoren wie Parteigrösse oder Gemeindegrösse eine Erklärung liefern könnten. Mit den bisherigen Ergebnissen und dem bisherigen Wissen aber kann gefolgert werden, dass es innerhalb jeder Partei einen gewissen Handlungsspielraum geben muss und das jede Partei über eigene innerparteiliche Regelungsmechanismen bezüglich der Machtverteilung verfügt.
- Parteien spüren zunehmend den Druck, der durch Veränderungen in der Medienwelt und der Gesellschaft entsteht. Es werden immer höhere Anforderungen an die Kommunikations- und Reaktionsfähigkeit der Parteien gestellt. Zudem wächst die Konkurrenz durch die Popularität von "Non Governmental Organisations" in jüngster Zeit. Diese Entwicklungen gehen sicher nicht spurlos an den Parteien vorbei und verlangen eine entsprechende Anpassung an die sich verändernden Verhältnisse.

Insofern kann die Frage nach den Ursachen des Wandels nicht beantwortet werden. Gegenstand einer weiterführenden Studie könnte es sein, die oben aufgeführten Punkte miteinzubeziehen und zu überprüfen, um eventuell weitere Schlüsse ziehen zu können.

9. Literaturverzeichnis

GESER, Hans et. al. (1994). *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich.

LADNER, Andreas und BRÄNDLE, Michael (2001). *Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen?* Zürich.

KATZ, Richard S. und Peter MAIR (1993). *The Evolution of Party Organization in Europe: The Three Faces of Party Organization*. In: *The American Review of Politics*, Vol. 14, Winter. S. 593-617.

KATZ, Richard S. und Peter MAIR (1995). *Changing Models of Party Organisation and Party Democracy: the Emergence of the Cartel Party*.

NOLEN, Dieter und SCHULTZE, Rainer-Olaf (2002). *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorie, Methoden, Begriffe*. C.H.Beck Verlag, München. ????????Wo zitiert?

POGUNTKE, Thomas (1987). *The Organization of a Participatory Party – the German Greens*. In: *European Journal of Political Research* 15: S. 606-633.

POGUNTKE, Thomas (1994). *Basisdemokratie and Political Realities: The German Green Party*. In: Lawson, Kay (ed.). *How political parties work. Perspectives from within*. Westport: Praeger. Pp. 3-22.

WIESENDAHL,